



Die Woche im Bundestag • Die

### Die politische Lage in Deutschland

## Bruch des Völkerrechts nicht akzeptabel Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „NSA“

Mit großer Sorge verfolgen wir weiterhin die Entwicklung in der Ukraine. Die russische Staatsführung hat mit ihrem Vorgehen auf der Krim Fakten geschaffen, unter deren Eindruck Europa nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Solche Zeiten erfordern eine klare Haltung, die man auch offen vertreten muss. Wir sind uns mit unseren transatlantischen und europäischen Freunden einig, die das russische Vorgehen als Völkerrechtsbruch bezeichnen. Unsere Bundeskanzlerin betont daher zu Recht, dass Deutschland, dass die Europäische Union, diesen Handstreich nicht akzeptieren kann. Gleichzeitig muss uns allen daran gelegen sein, die Lage nicht zu eskalieren. Wir verfallen nicht in die Reflexe früherer Jahrzehnte, sondern setzen auf die Problemlösungswege des 21. Jahrhunderts. Für uns scheiden militärische Maßnahmen daher selbstverständlich aus. Wir werden aber alle Mittel anwenden, die der Völkergemeinschaft darüber hinaus zur Verfügung stehen. Uns ist klar, dass in einer wirtschaftlich vernetzten Welt Sanktionen nicht nur eine Seite treffen. Wir sind bereit, diesen Preis zu zahlen. Die ersten Beschlüsse der EU sind bereits gefasst, weitergehende werden ggf. folgen.

Ebenso wichtig ist es aber, an die Menschen in der Ukraine zu denken. Das Land verdient unsere Solidarität und Hilfe. Unsere Politik der guten Nachbarschaft braucht aber einen langen Atem. Kommen wir denen entgegen, die auf uns zugehen. Sprechen wir offen über das, was uns in der westlichen Staatengemeinschaft zusammenhält: Unsere Werte. Und senden wir das Signal, dass wir für unsere Werte einstehen, auch wenn es unbequem ist. Spielen wir der russischen Machtpolitik nicht in die Hände. Weder durch Verzögerung bei anstehenden Sanktionen noch durch Unterstützung völkerrechtswidriger Akte. Nichts anderes machen Abgeordnete der Linken, wenn sie als „Wahlbeobachter“ auf die Krim reisen und vor Ort „keine Unregelmäßigkeiten erkennen“ können. Die Abtrennung der Krim ist ein Rechtsbruch, der offen zutage liegt. Diesen nicht zu erkennen zeigt deutlich, wes Geistes Kind diese Linkspolitiker sind.

Russlands Präsident Putin hat sich mit seinen einseitigen Schritten weit von unseren Werten entfernt. Russland ist in der Weltgemeinschaft weitgehend isoliert – selbst China hat dem Nachbarn im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen seine Unterstützung verweigert. Wir fordern Präsident Putin erneut dazu auf, konstruktive Schritte einzuleiten. Das Völkerrecht und unsere in Europa nach zwei schrecklichen Weltkriegen so mühsam erarbeitete multilaterale Friedensordnung müssen wieder voll und ganz gelten. Wir sind froh, dass unsere Bundeskanzlerin als Kennerin Russlands und auf Basis unserer Werte so besonnen und intensiv an der Lösung dieser Krise arbeitet.

Vor diesem Hintergrund kommt dem nächsten europäischen Gipfeltreffen eine besondere Bedeutung zu. Vor dem Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs hat die Bundeskanzlerin vor dem Deutschen Bundestag wie üblich eine Regierungserklärung abgegeben. Themen des diesjährigen Frühjahrsgipfels sind die aktuelle Lage in der Ukraine einschließlich der Beziehungen der EU zu Russland, die Vorbereitung des EU-Afrika-Gipfels Anfang April,

Verfahrensfragen zum Klima- und Energierahmen der EU für 2030 sowie das Europäische Semester. Diese umfassende Tagesordnung wird den großen und aktuellen Herausforderungen gerecht. Üblicherweise konzentriert sich der Märzgipfel auf wirtschafts- und finanzpolitische Themen. Auch hier liegen die entscheidenden Schwerpunkte auf unserer Linie. Sie zielen auf die verstärkte Fortsetzung der nationalen Reformpolitik ab, sowie die Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit als Triebkraft für Wachstum und Beschäftigung. Unsere europäischen Partner werden darüber hinaus sicher mit Interesse zur Kenntnis nehmen, dass das Bundesverfassungsgericht in dieser Woche mehrere Klagen gegen den permanenten Euro-Rettungsschirm (ESM) abgewiesen hat.

Auch die Abhörpraktiken von Nachrichtendiensten befreundeter Staaten in Deutschland haben intensive Diskussionen über Art und Umfang dieser Aktivitäten ausgelöst. Wir belassen es nicht bei der Diskussion dieser Vorgänge, sondern haben in dieser Woche einen Untersuchungsausschuss „NSA“ eingesetzt, der u.a. feststellen soll, ob und wie Kommunikationsdaten von, nach und in Deutschland erfasst wurden und ob Dienststellen des Bundes davon wussten oder daran beteiligt waren. Für den Untersuchungsauftrag konnte ein gemeinsamer, von allen Fraktionen getragener Text erarbeitet werden. Wir sind dabei der Opposition entgegengekommen, ohne aber die Verhältnismäßigkeit des Untersuchungsauftrages aus den Augen zu verlieren. Mit Blick auf die Bestimmtheit und Verfassungsmäßigkeit des Untersuchungsauftrags war es gut und richtig, so intensiv über den Text zu beraten. Wir begrüßen dieses einvernehmliche Vorgehen. Das ist der Sensibilität des Themas durchaus angemessen. Der Ausschuss wird seine Arbeit im April aufnehmen können.

Ein weiteres sehr wichtiges Thema in dieser Woche war die Situation der Hebammen, insbesondere der freiberuflichen Geburtshilfe in Deutschland. Diese waren in letzter Zeit durch ständig steigende Haftpflichtversicherungsbeiträge in eine schwierige Lage geraten. Verschärft wurde diese noch durch den Ausstieg eines großen Versicherungsunternehmens aus dem Gruppentarif eines Hebammenverbandes, wodurch sich immer mehr Hebammen zum Rückzug aus der Geburtshilfe gezwungen sehen. Damit geht eine Wahlmöglichkeit für werdende Mütter verloren. Schon im Koalitionsvertrag haben wir festgehalten, dass uns die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Geburtshilfe wichtig ist. Für ein Flächenland wie Niedersachsen ist dies ohnehin von besonderer Bedeutung. Schon in der letzten Legislaturperiode haben wir deshalb dafür gesorgt, dass die Vergütung der Hebammen gerade mit Blick auf die steigenden Haftpflichtprämien gesteigert wurde. Bundesgesundheitsminister Gröhe hat bei der entsprechenden Debatte in dieser Woche noch einmal bekräftigt, dass ihm die Situation der Geburtshilfe und der Hebammen ein besonderes Anliegen ist. Derzeit finden intensive Gespräche zwischen Politik, Versicherungswirtschaft, Krankenkassen, Hebammenverbänden und der Politik statt, die zu einer für alle Seiten tragfähigen und dauerhaften Lösung führen sollen. Wir werden diesen Prozess aufmerksam begleiten.

# Die Woche im Parlament

**Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum Europäischen Rat am 20./21. März 2014 in Brüssel.** Unsere Bundeskanzlerin berichtete über Schwerpunkte und Ziele des bevorstehenden Treffens der europäischen Staats- und Regierungschefs. In der anschließenden Debatte dürften die aktuellen Vorgänge in der Ukraine im Mittelpunkt stehen.

**Jahresbericht 2013 (55. Bericht des Wehrbeauftragten).** Das vergangene Jahr brachte für die Bundeswehr zahlreiche neue Einsätze, die sie zuweilen an die Grenze ihrer personellen und materiellen Leistungsfähigkeit brachte. Dies spiegelt sich naturgemäß im Bericht des Wehrbeauftragten wider. Im Personalbereich waren deutliche Verzögerungen etwa in der Bearbeitung der Beihilfe-Anträge aber auch bezüglich von Klagen, Beschwerden und Eingaben zu verzeichnen, was ein wesentlicher Grund von Unzufriedenheit ist. Zu Unmut in der Truppe führte ebenfalls die teilweise noch unzureichende Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zusätzlicher Handlungsbedarf wird vor allem in der Verbesserung der sanitätsdienstlichen Versorgung gesehen.

**Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „NSA“.** Mit dem gemeinsamen Antrag aller im Bundestag vertretenen Fraktionen setzten wir einen Untersuchungsausschuss ein, der die Kommunikationsüberwachung, über die insbesondere Edward Snowden berichtet hat, aufarbeiten soll.

**Gesetz zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Sukzessivadoption durch Lebenspartner.** Der zur 1. Beratung vorgelegte Gesetzentwurf dient der Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Februar 2013. Damit wird die Adoption eines bereits durch einen der beiden Lebenspartner adoptierten Kindes durch den Partner möglich (Sukzessivadoption). Dies ist künftig auch erlaubt, wenn die Partnerschaft zum Zeitpunkt der Erstadoption noch nicht bestand.

**Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Ausbildungsmission EUTM Somalia.** Mit dem Antrag der Bundesregierung, den wir in 1. Lesung beraten haben, soll das deutsche Engagement für eine Stabilisierung der Lage in Somalia erneuert werden. Im Rahmen eines bis zum 31.3.2015 mandatierten EU-geführten Einsatzes trugen deutsche Kräfte bereits zur Ausbildung der neu entstehenden somalischen Armee in Uganda bei. Ort des Ausbildungseinsatzes ist seit Dezember 2013 nun Mogadischu. Für die Fortsetzung des deutschen Beitrags auch in Somalia selbst sucht die Bundesregierung erneut unsere Zustimmung. Mit bis zu 20 Soldaten wird Deutschland vor Ort noch effektiver zur Befriedung des Landes beitragen können.

**Einsetzung einer „Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr“.** Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, setzten wir eine Expertenkommission ein, die binnen Jahresfrist Vorschläge machen soll, wie die Anforderungen an unsere Bundeswehr durch eine zunehmende und vielfältigere Zahl von Auslandseinsätzen und die Rechte des Deutschen Bundestages etwa im Hinblick auf die zunehmende Bündnisintegration zu wahren sind. Neben Fraktionsmitgliedern wollen wir auch externen Sachverständigen einbeziehen. Unserer Fraktion kommen sieben der insgesamt 16 Mitglieder zu.

**6. Verordnung zur Änderung der Verpackungsverordnung.** Mit der 6. Novelle der Verpackungsverordnung passen wir diese mit Klarstellungen zu Transportverpackungen und der Übernahme einer aktuellen Beispielliste an den gegenwärtigen Stand der europäischen Regelung an. Das Bundeskabinett bereitet eine weitere Novelle vor, die den bereits identifizierten weitergehenden Änderungsbedarf in der Verpackungsverordnung aufgreifen wird.

**EU-Afrika-Gipfel - Neue Impulse für die entwicklungspolitische Partnerschaft.** Unser Antrag befasst sich mit dem vierten EU-Afrika-Gipfel am 2./3. April 2014 in Brüssel. Dort sollen die Ziele der europäisch-afrikanischen Partnerschaft für die nächsten drei Jahre vereinbart werden. Besondere Herausforderungen für die Beziehungen der beiden Nachbarkontinente sind zum einen das Vordringen neuer Akteure in Afrika (China, Indien), aber auch sicherheitspolitische Fragestellungen. Mit dem Antrag betonen wir zugleich die Rolle der Entwicklungspolitik als vorausschauende Friedenspolitik. Dabei fordern wir die Bundesregierung auf, sich noch stärker mit der Frage nach den Ursachen staatlicher Fragilität zu befassen. Weitere Schwerpunkte sehen wir in der Beschäftigung mit dem Klimawandel, dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen sowie

der Energieknappheit. Schließlich befassen wir uns mit der Notwendigkeit, Mindeststandards im Bereich Umwelt und Soziales bei den Verhandlungen zu Wirtschaftspartnerabkommen einzuhalten. Der Antrag macht deutlich, dass wir Afrika als Kontinent der Chancen begreifen.

## Daten und Fakten

**Ältere heute stärker am Erwerbsleben beteiligt.** Im Jahr 2012 war der Anteil der am Arbeitsmarkt aktiven 60- bis 64-Jährigen fast doppelt so hoch wie noch 2002. Waren damals nur 25,1% der Menschen in dieser Altersgruppe erwerbstätig oder als erwerbslos registriert, so sind es heute 49,6%. Besonders Frauen konnten ihre Beteiligung am Erwerbsleben in diesem Zeitraum steigern. Von 16,4% im Jahr 2002 auf rund 40,9% im Jahr 2012. Bei den Männern legte die Erwerbsbeteiligung von 34 auf 58,6% zu. Zugleich hat sich das durchschnittliche Renteneintrittsalter im Zehnjahresvergleich um knapp 2 Jahre nach hinten verlagert. Beschäftigte, die im Jahr 2011 ihre Erwerbstätigkeit wegen Ruhestands aufgegeben haben, waren im Mittel 61,1 Jahre alt. Zehn Jahre zuvor betrug das Durchschnittsalter noch 59,3 Jahre.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

**Prognose des Weltkrebsberichts verstehen.** Nach dem im Februar von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) veröffentlichten Weltkrebsbericht werden im Jahr 2025 mehr als 20 Mio. Menschen an Krebs erkrankt sein. Was zunächst von vielen Medien als Horrormeldung verstanden und verbreitet wurde, ist bei genauem Hinsehen keine ausschließlich schlechte Nachricht. Je länger die Menschen leben, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie an Krebs erkranken und daran auch sterben. Man schaue nur nach Japan oder Island, wo sehr hohe hygienische und medizinische Standards herrschen, was eine Ursache dafür ist, dass die Menschen dort die weltweit höchste Lebenserwartung haben. Gleichzeitig ist dort die Wahrscheinlichkeit an Krebs zu sterben sehr hoch.

(Quelle: Rheinisch-westfälisches Institut f. Wirtschaftsforschung)

**Betreuungsgeld für fast 65.000 Kinder ausgezahlt.** Von der Einführung zum 1. August bis zum 31. Dezember 2013 wurden insgesamt 64.877 Anträge auf Betreuungsgeld bewilligt und die neue Leistung des Bundes für Eltern ausgezahlt. Einen deutlichen Unterschied bei der Inanspruchnahme kann man zwischen Ost- und Westdeutschland erkennen. Während in den neuen Ländern Eltern das Betreuungsgeld im Schnitt für 13,1 Monate beantragen, waren es im Westen 19,7 Monate. Insgesamt kann Betreuungsgeld bis zu 22 Monate lang bezogen werden. Für diese Gesamtdauer haben sich im Betrachtungszeitraum 78% der Eltern entschieden. Obwohl es bei Elternpaaren nicht darauf ankommt, wer Antragssteller ist, haben hauptsächlich Mütter das Betreuungsgeld bezogen (95 %).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

**Fleischimporte aus den USA sehr gering.** Anlässlich der Mitte März stattfindenden vierten Verhandlungsrunde zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU warnen Verbraucherschützer vor einer Lockerung der strengen Vorschriften für Fleischimporte aus den USA. In Deutschland spielen Fleischimporte aus den Vereinigten Staaten 2012 allerdings nur eine sehr geringe Rolle. 2012 lagen sie bei nur 1%. Insgesamt importierte Deutschland Fleisch und Fleischprodukte im Wert von rund 8 Mrd. Euro. Die größten Lieferanten waren die Niederlande mit 17%, gefolgt von Belgien mit 11 und Dänemark mit 10%.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

**CDU/CSU** Fraktion im Deutschen Bundestag  
Landesgruppe Niedersachsen

### Vorsitzender:

Enak Ferlemann MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 79498

Fax: 030 – 227 70139

Email: [stefan.krueppel@cducsu.de](mailto:stefan.krueppel@cducsu.de)

Internet: [www.lg-nds.de](http://www.lg-nds.de)